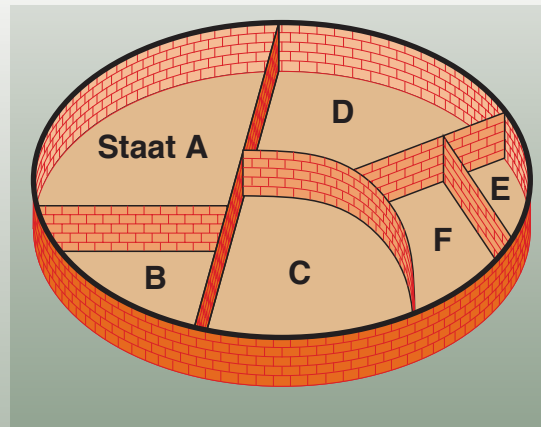
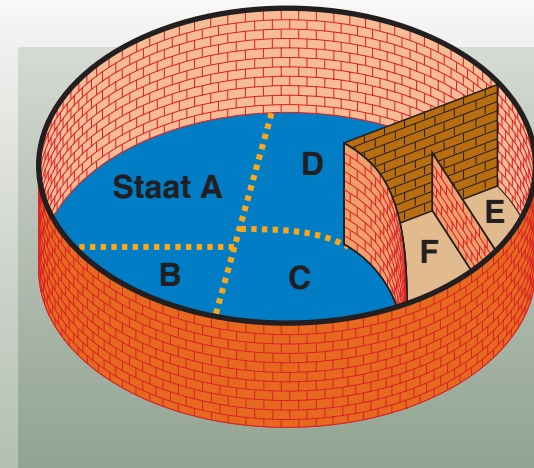




# Integration



**Isolation**



**Integration**

Wirtschaft

Politik

Militär

Abbau von  
Handels-  
hemmnissen

Mobilität von  
Produktions-  
faktoren

Aus voneinander unabhängigen Einzelteilen entsteht durch die Integration ein gemeinsames Ganzes. Dadurch werden bei der wirtschaftlichen Integration Markt- und Produktionsvorteile genutzt, was die gesamte Wirtschaft stärkt.



# Integrationsstufen

**Bedeutungssteigerung in der Weltwirtschaft**

## Freihandelszone (z. B. EFTA)

- freier Warenverkehr
- unterschiedliche Außenzölle

## Zollunion (in der EG ab 1.7.1968)

- Abschaffung der Binnenzölle
- gemeinsame Außenzölle gegenüber Drittstaaten

## Binnenmarkt (EU ab 1.1.1993)

- die vier Freiheiten

## Wirtschafts- und Währungsunion (EU ab 1.1.1999)

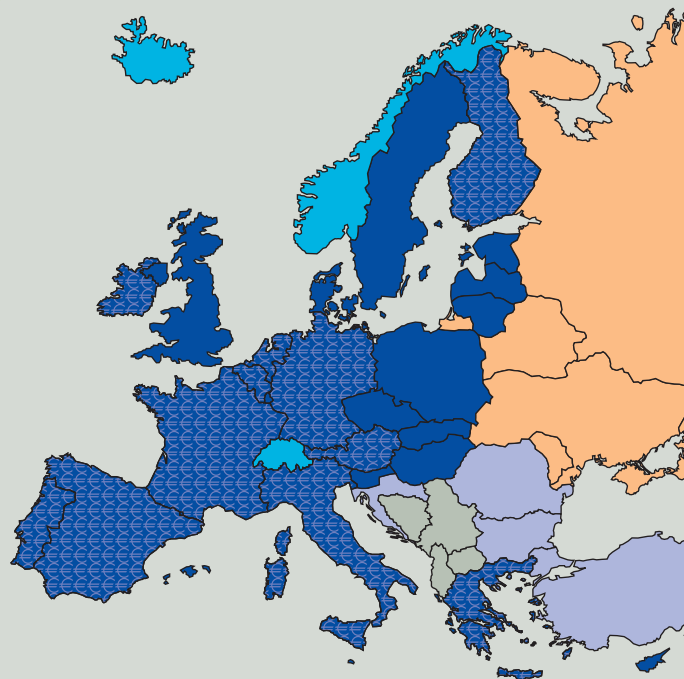
- gemeinsame Währung Euro
- Harmonisierung der Wirtschaftspolitik

## Politische Union (EU ab ?)

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ihrer Mitglieder ist die höchste Stufe der wirtschaftlichen Integration. Ziel einer politischen Union wäre darüber hinaus eine gemeinsame Politik in allen Bereichen.



## Wirtschaftliche Integration



- EWG** (ab 1. 1. 1958) – **EG** (ab 1. 7. 1967) – **EU** (ab 1. 1. 1993):
    - EWG : 1958 – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
    - EG 9: 1973 – Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
    - EG 10: 1981 – Griechenland
    - EG 12: 1986 – Portugal, Spanien
    - EU 15: 1995 – Finnland, Österreich, Schweden
    - EU 25: 2004 – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
  - Euro-Länder**
  - EFTA**: 1995 – Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz
  - EU-Beitrittskandidaten**
  - GUS**, Partnerschaftsabkommen mit EU
  - sonstige Staaten**
- EWR**: EU- und EFTA-Staaten ohne Schweiz

Europas Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr dynamisch entwickelt. Den Kern bildet dabei die EU. Die Integration neu beigetretener und beitragswilliger Staaten ist eine große Herausforderung, aber auch eine Zukunftschance.



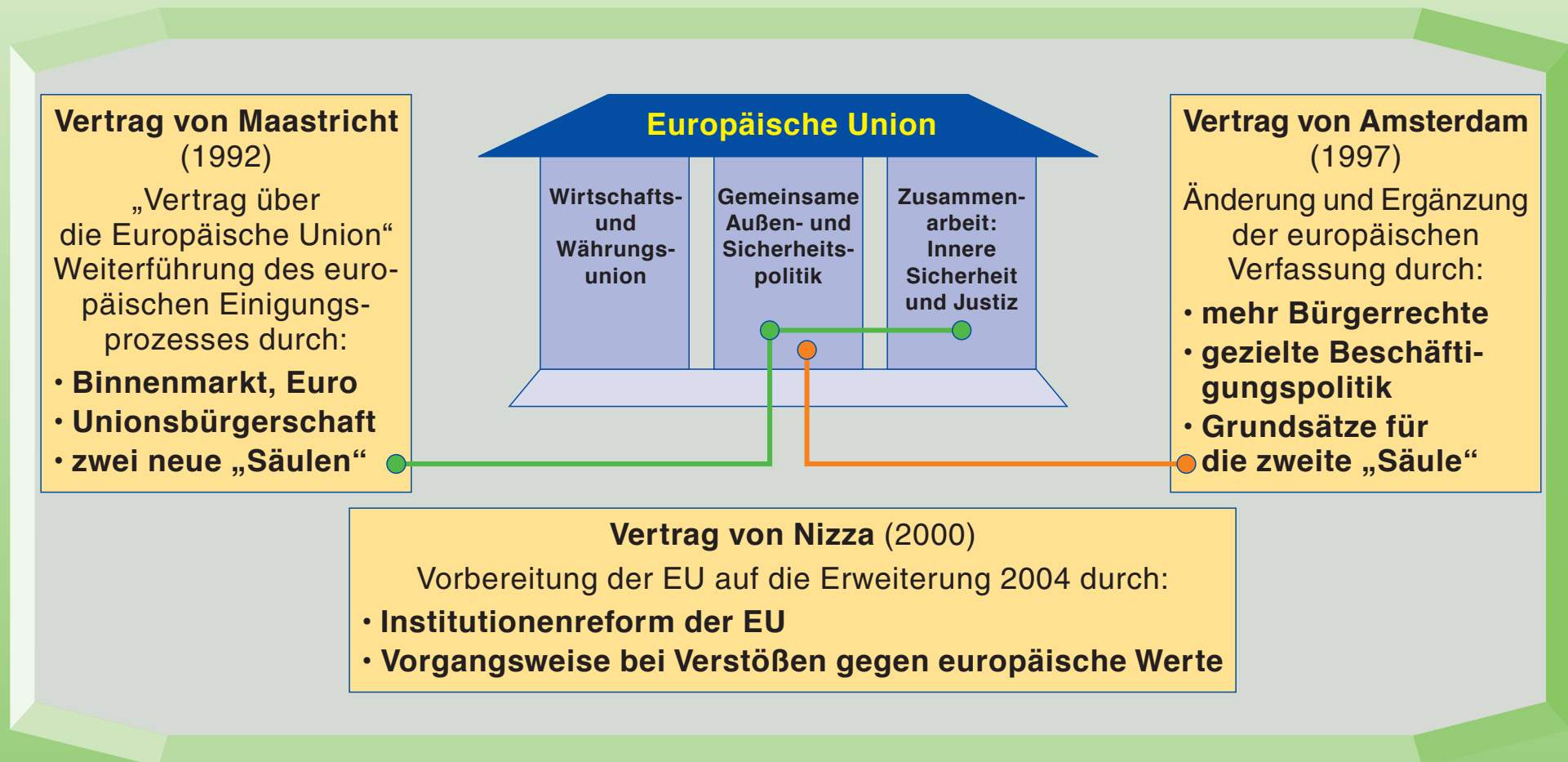
## Schritte zur europäischen Einigung



Mit dem Ziel einer neuen Friedens- und Wirtschaftsordnung begann nach dem Zweiten Weltkrieg der europäische Integrationsprozess. Dieser hat Frieden und Wohlstand für einen großen Teil Europas gebracht.

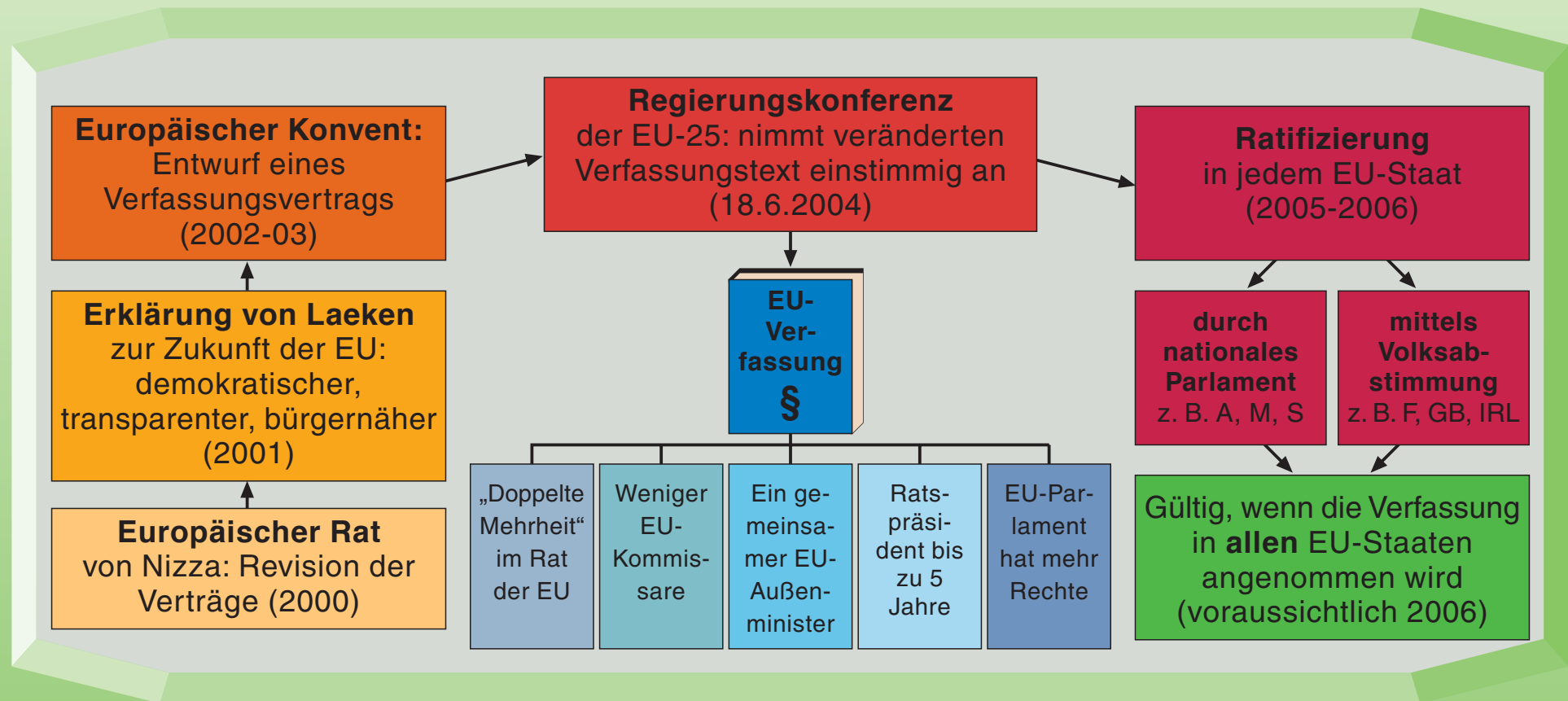


# Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza



Auf der Grundlage der drei Verträge werden jährlich tausende Entscheidungen getroffen, die die dynamische Entwicklung der EU sichern sollen.

# Die Verfassung der EU



Bedeutende Vertragswerke der EU wurden überarbeitet, erweitert und in der über 300 Seiten starken EU-Verfassung gebündelt, mit der die EU effizienter und transparenter funktionieren soll.



## Der Binnenmarkt – die vier Freiheiten

### Freier Warenverkehr

- keine Grenzkontrollen
- keine Zölle

### Freier Dienstleistungsverkehr

- keine Beschränkung für Bank-, Versicherungs- u.a. Dienstleistungen
- EU-weite Ausschreibung von bestimmten Projekten



### Freier Kapitalverkehr

- freie Finanzmärkte
- freier grenzüberschreitender Geldtransfer

### Freier Personenverkehr

- freie Wahl des Wohnsitzes und Arbeitsplatzes
- Niederlassungsfreiheit für Unternehmer

Im Großen und Ganzen besteht seit 1993 für die EU-Staaten ein einheitlicher Markt. Die Grundlage dafür sind die vier Freiheiten. Mit diesen sollen bestehende nationale Einschränkungen abgebaut werden.

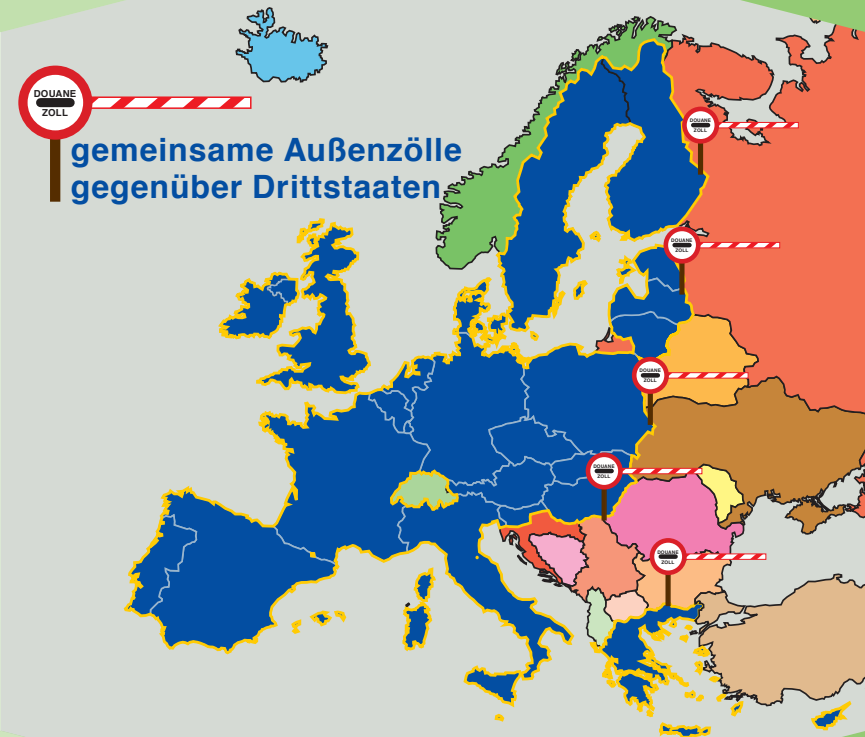


## Binnenmarkt – Drittstaaten

### 1 Binnenmarkt

### 4 Freiheiten

- freier Warenverkehr
- freier Personenverkehr
- freier Kapitalverkehr
- freier Dienstleistungsverkehr



Aus der Sicht der EU-Mitglieder werden Nichtmitglieder als Drittstaaten bezeichnet. Im Handel mit diesen Drittstaaten gelten andere Regeln (z. B. Zölle) als innerhalb der EU.



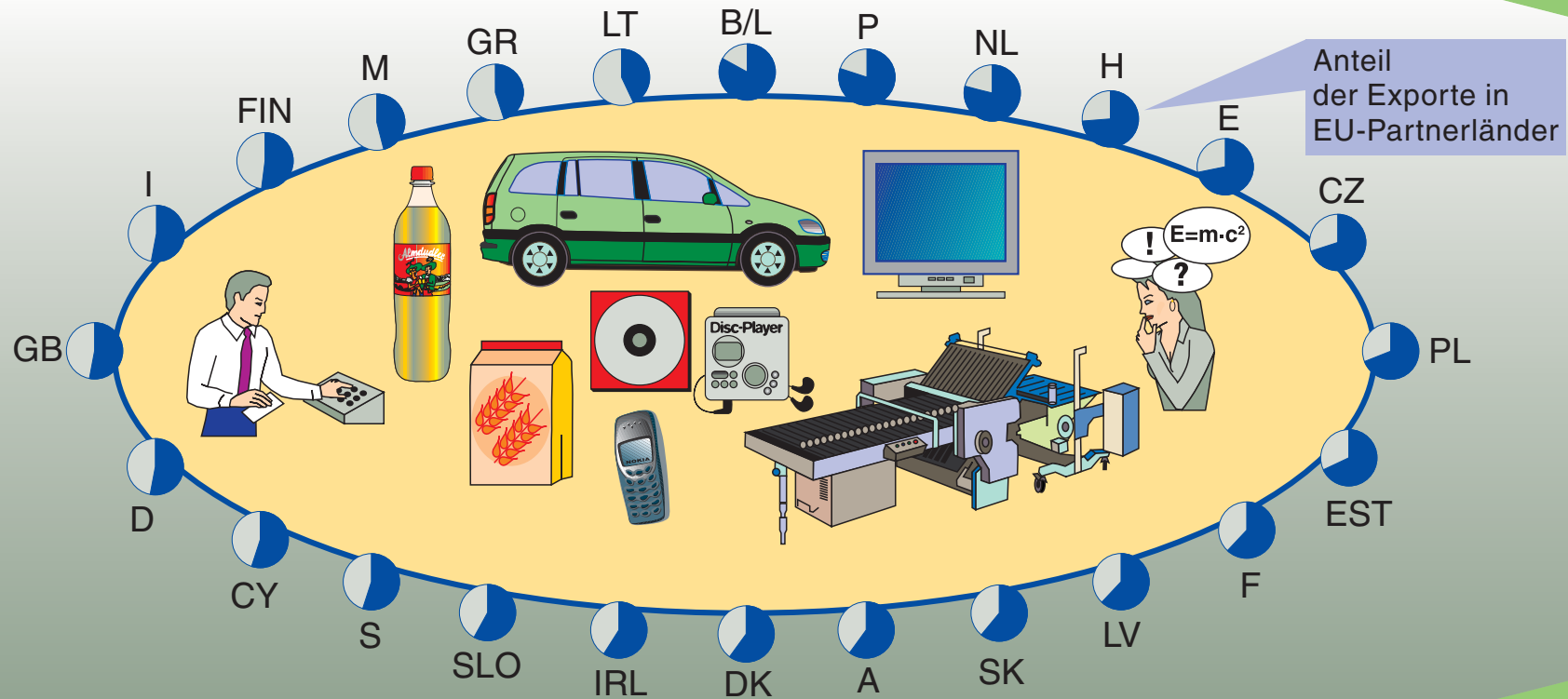
## Zölle und nichttarifarisches Handelshemmnisse



Zölle sind finanzielle Abgaben, die bei Importen aus Drittstaaten zu bezahlen sind und diese somit diskriminieren. Diese Auswirkung haben ebenso nichttarifarisches Handelshemmnisse, auch wenn keine Zölle eingehoben werden.



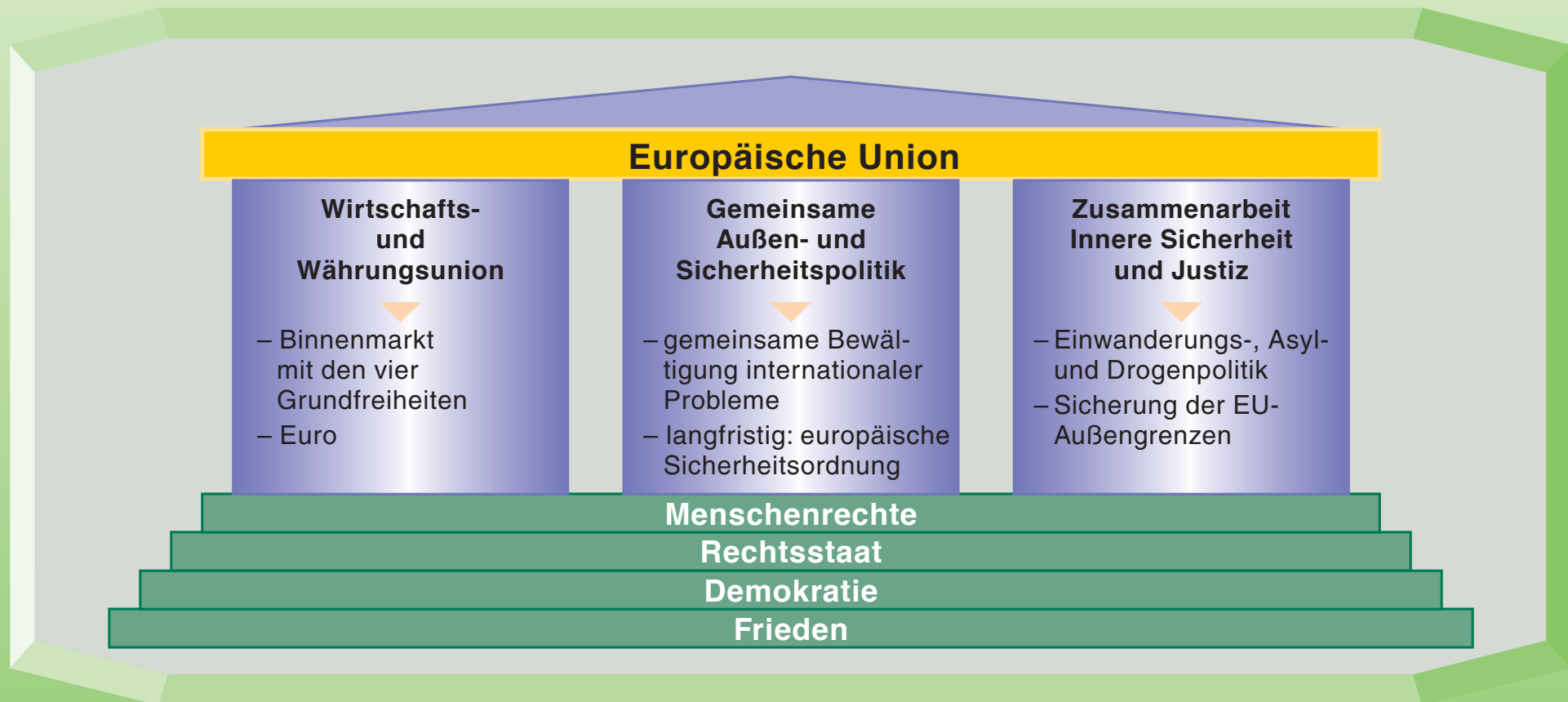
## Binnenhandel der EU



Der Binnenmarkt der EU bietet ein vielfältiges Angebot an Gütern und Dienstleistungen. Alles kann ohne Handelsbeschränkungen auf den Markt kommen. Daher ist der Handel zwischen den EU-Staaten sehr wichtig.



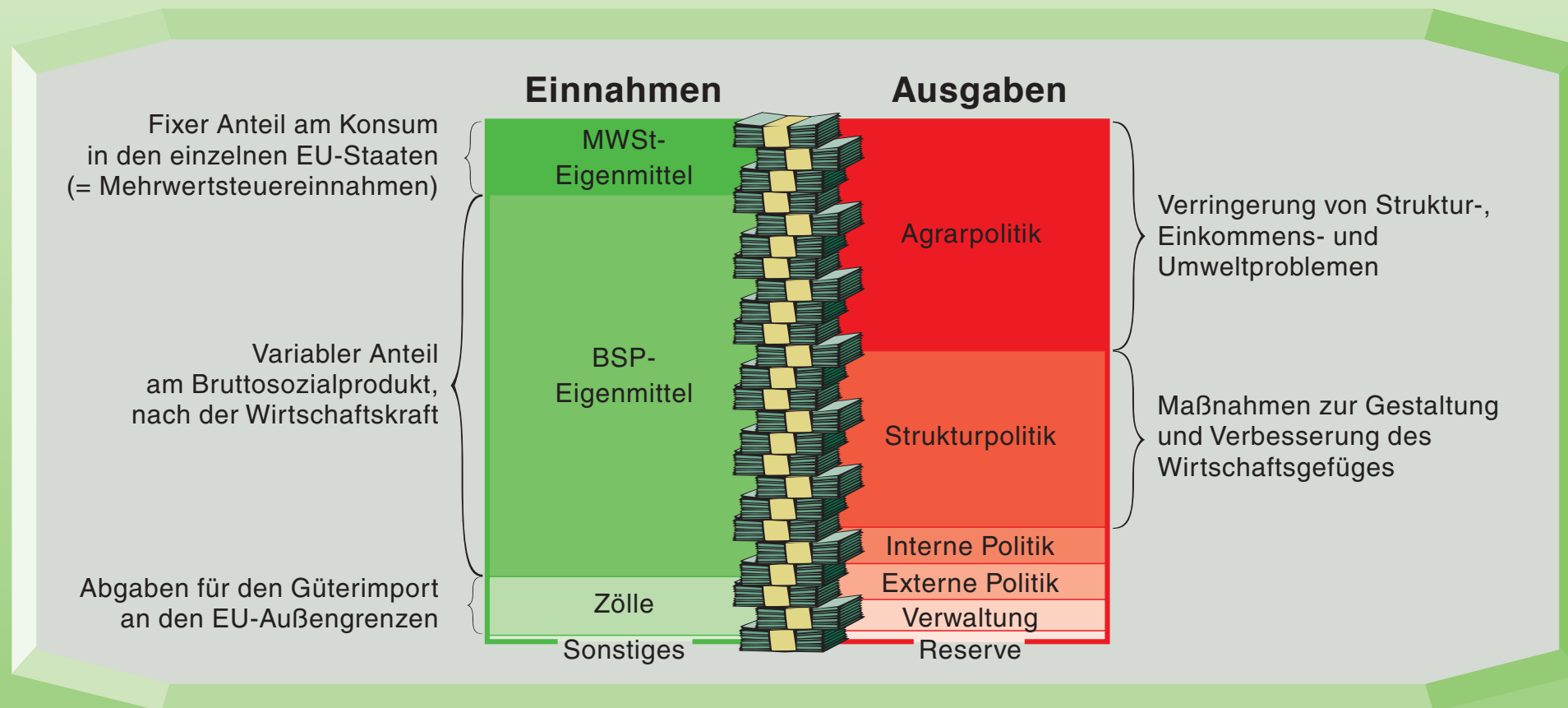
## Die drei Säulen der EU



Die Zusammenarbeit der EU-Mitglieder bezieht sich auf die drei „Säulen der EU“. Die wirtschaftliche Integration ist am weitesten fortgeschritten, andere Bereiche, z. B. das Schulwesen, werden länderspezifisch geregelt.



# EU-Budget



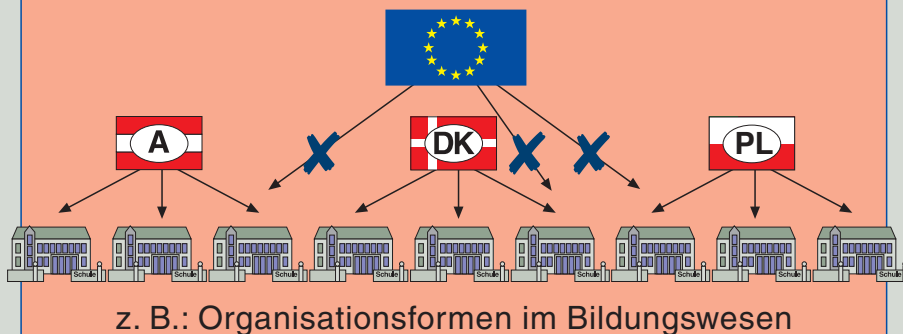
Zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben leisten alle EU-Mitglieder einen Beitrag zum EU-Budget. Wirtschaftlich schwächere Länder erhalten mehr an Förderung, als sie einzahlen. Sie sind Nettoempfänger.



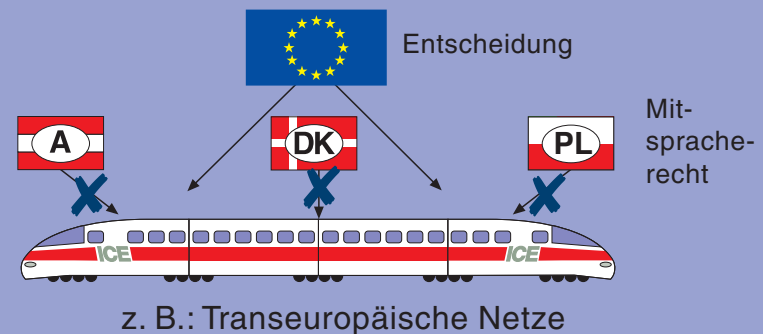
# Subsidiaritätsprinzip

## Grundsätze

EU-Mitglieder behalten die Zuständigkeiten, die sie selbst am wirksamsten wahrnehmen können.



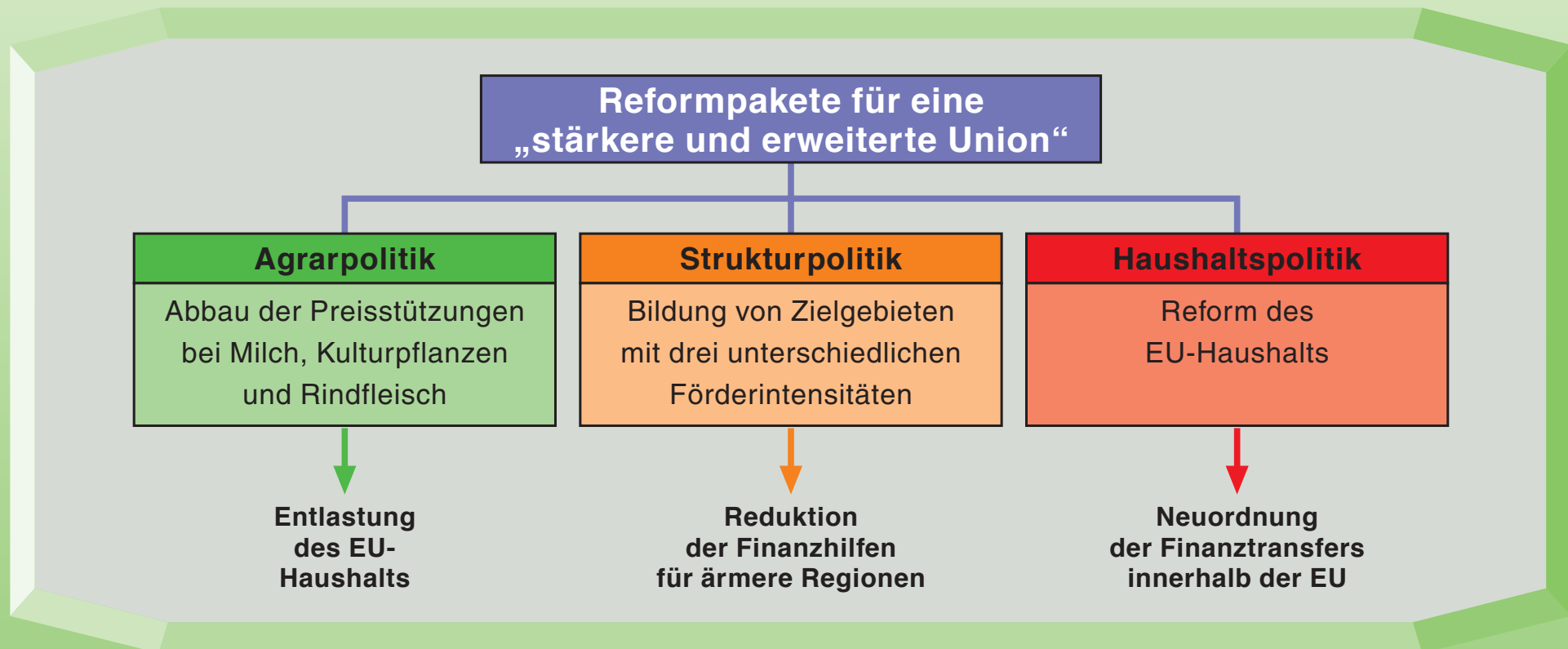
Der EU kommen Befugnisse zu, die die Mitgliedsstaaten nicht in befriedigender Weise ausüben können.



Das Subsidiaritätsprinzip soll sicher stellen, dass Entscheidungen auf der jeweils geeignetsten Ebene getroffen werden. Damit wird versucht, den Bedürfnissen der Bürger/innen möglichst gerecht zu werden.



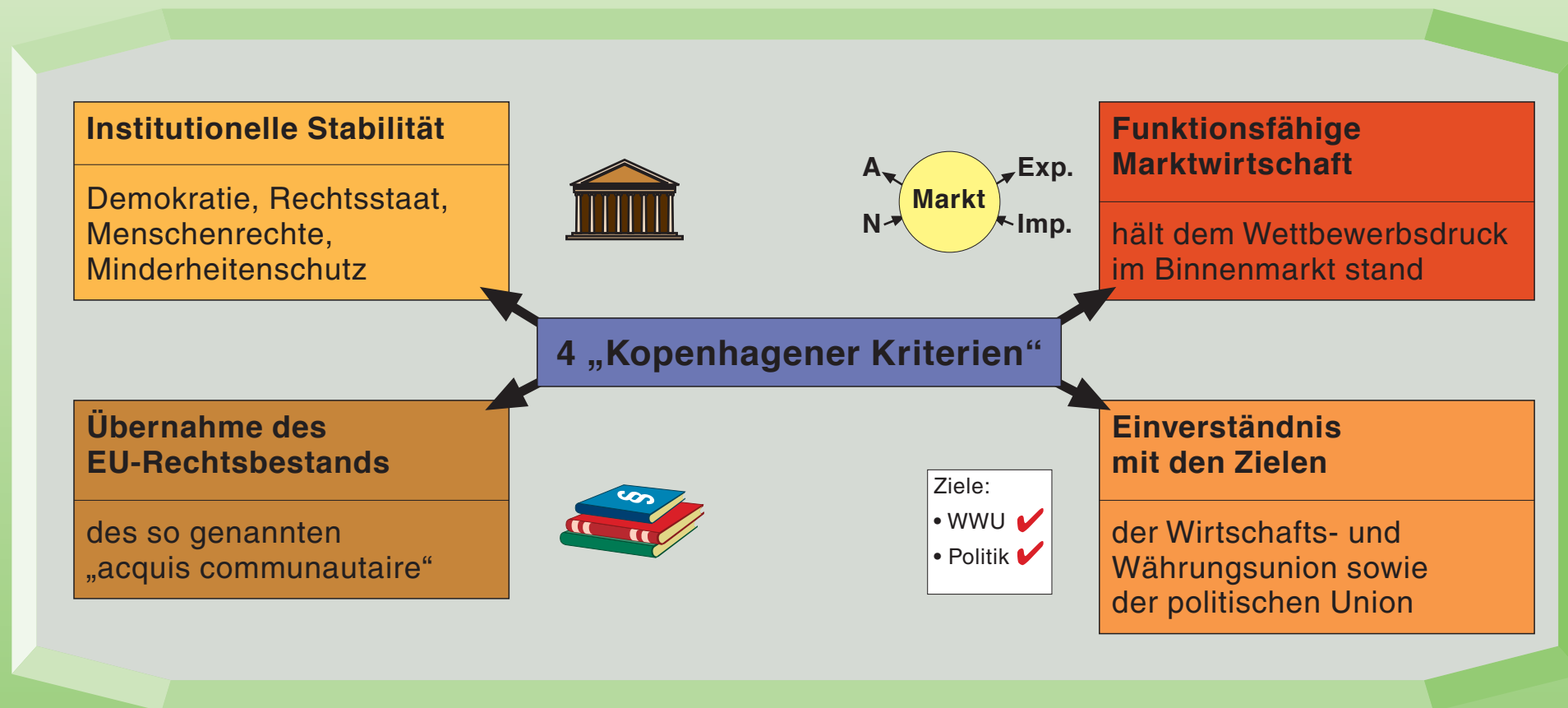
## Agenda 2000



Die Agenda 2000 ist ein Paket von Maßnahmen, das die Finanzen der EU neu ordnen soll. Ein Ziel dabei ist, die Beitragszahlungen der bisherigen EU-Mitglieder trotz des Beitritts wirtschaftlich schwächerer Staaten im Zuge der EU-Erweiterung 2004 nicht erhöhen zu müssen.



# Beitrittsvoraussetzungen



Die 1993 vom Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegten und später in Madrid, Helsinki und Nizza präzisierten und ergänzten Voraussetzungen für einen Beitritt zur EU müssen von den Beitrittswerbern erfüllt werden.



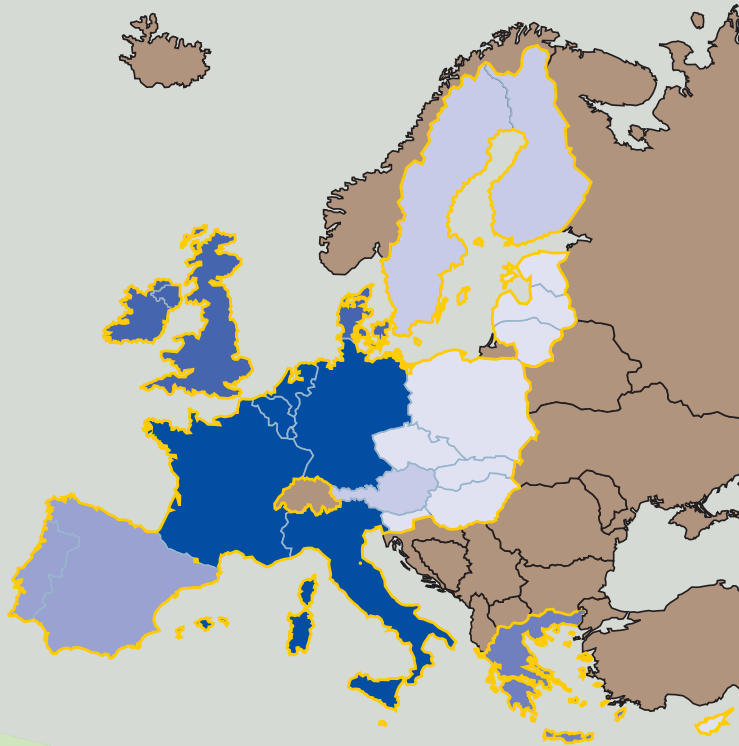
## Chancen und Befürchtungen der EU-Erweiterung

	Befürchtungen	Chancen
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Konkurrenz auf dem österreichischen Arbeitsmarkt durch billige Arbeitskräfte</li> <li>• Konkurrenz durch niedrige Löhne in Osteuropa</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Sicherung hoch qualifizierter Arbeitsplätze in der Exportindustrie</li> <li>+ Neuer Markt mit gut 75 Mio. Einwohnern mit Nachholbedarf im Lebensstandard</li> </ul>
Kosten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung der österreichischen Beitragszahlungen</li> <li>• Österreich verliert bisherige Förderungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Kosten durch Umverteilung der bisherigen Mittel abgedeckt</li> <li>+ Steigerung des Wirtschaftswachstums in Österreich durch die Osterweiterung</li> </ul>
Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• ständig steigende internationale Kriminalität</li> <li>• Krisen kommen leichter in die EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>+ Zusammenarbeit bei Kriminalitätsbekämpfung</li> <li>+ Ausdehnung der Zone von Sicherheit und Frieden</li> </ul>

Die friedliche Überwindung der früheren Teilung Europas in zwei Blöcke sollte für alle ein Ziel sein, auch wenn es manchen schwer fällt, die positiven Seiten der Osterweiterung zu sehen.



## Die EU nach der Erweiterung 2004

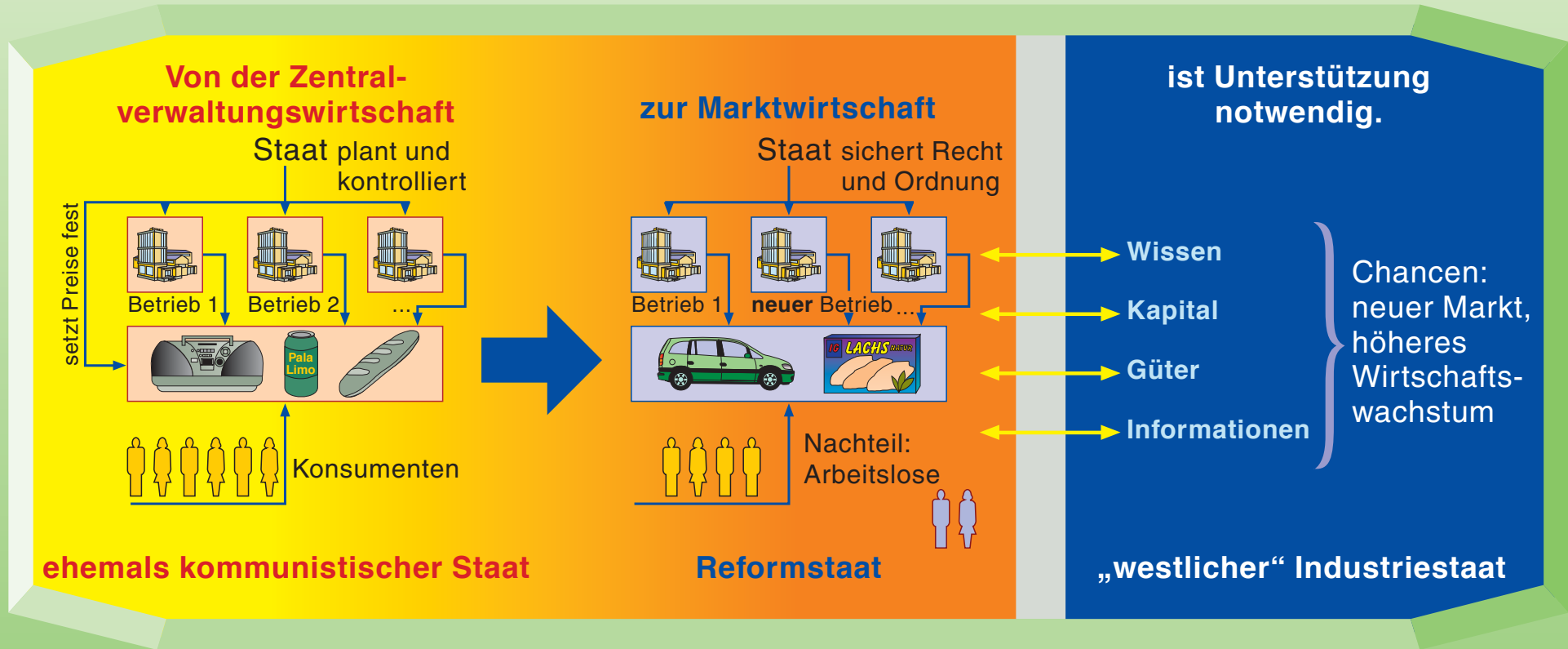


### Die EU nach der Erweiterung 2004

- EWG : 1958 – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
- EG 9: 1973 – Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
- EG 10: 1981 – Griechenland
- EG 12: 1986 – Portugal, Spanien
- EU 15: 1995 – Finnland, Österreich, Schweden
- EU 25: 2004 – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern

Nach langen Verhandlungen und intensiven Vorbereitungen sind 2004 folgende zehn Staaten der EU beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

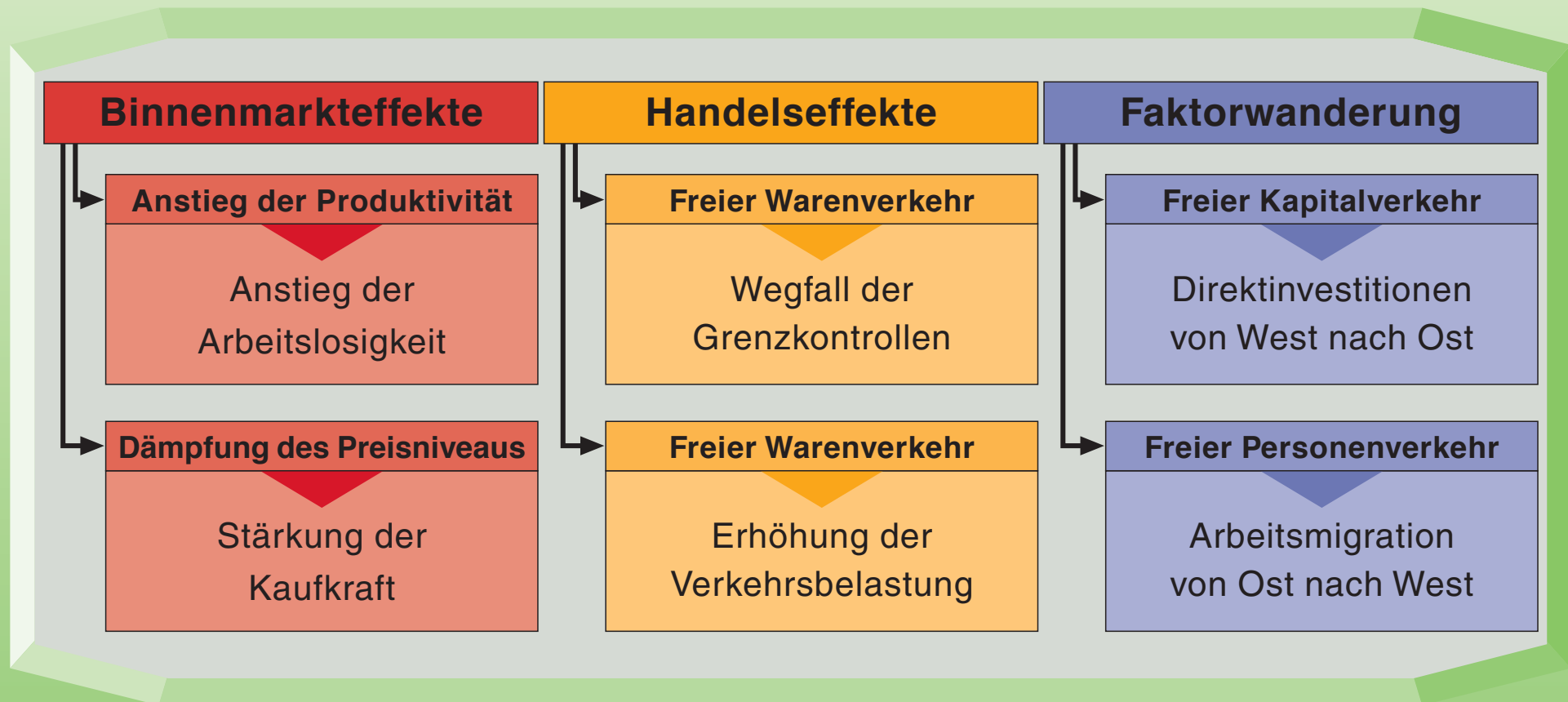
# Chancen für Ost und West



Voraussetzung für die Osterweiterung war auch der Übergang von der Zentralverwaltungs-wirtschaft zur Marktwirtschaft. Dies bringt Reformstaaten Vorteile (höheren durchschnittlichen Wohlstand, leistungsfähigere Unternehmen ...), aber auch Nachteile (Arbeitslosigkeit, schlechtere soziale Absicherung ...).



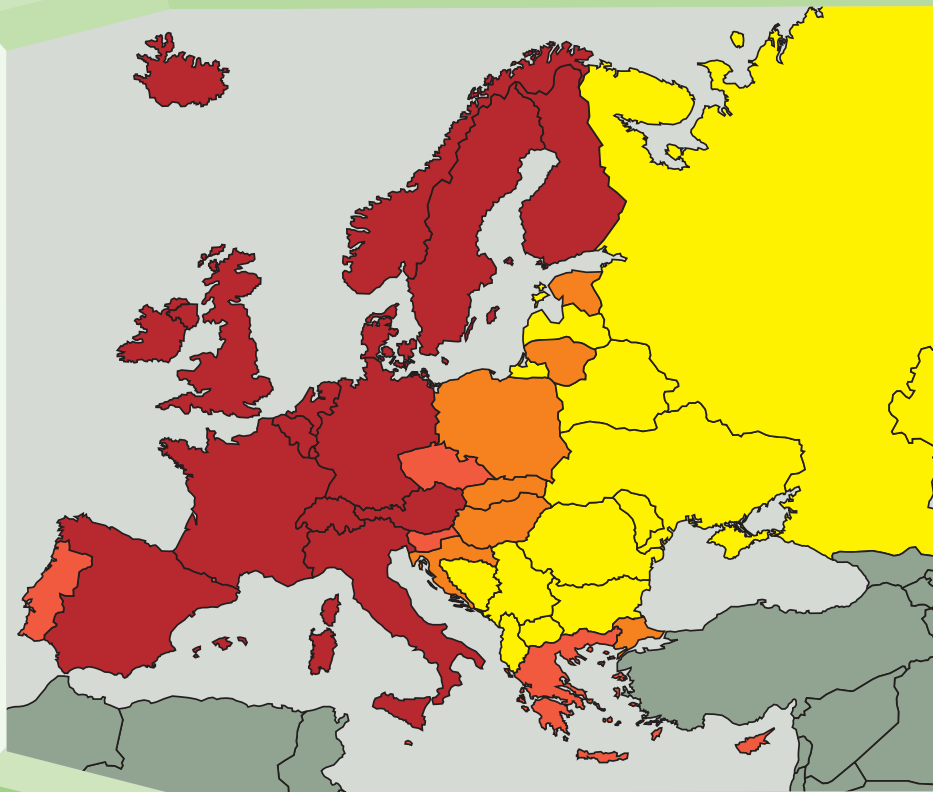
## Effekte der EU-Erweiterung



Die Erweiterung bringt den EU-Mitgliedern Vor- und Nachteile, Österreich überwiegend Vorteile, auch wenn durch die Verlagerung von Strukturmitteln in „den Osten“ zusätzliche Kosten entstehen.

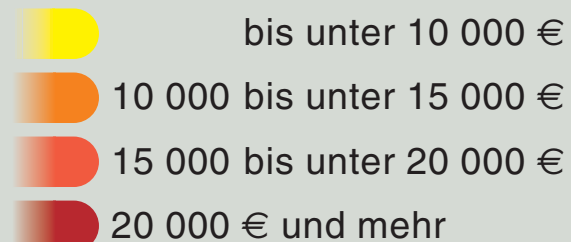


## Verteilung des Wohlstands in Europa



### „Reich“ und „arm“ in Europa

reales BIP pro Kopf zu laufenden Preisen  
und Kaufkraftstandards 2003

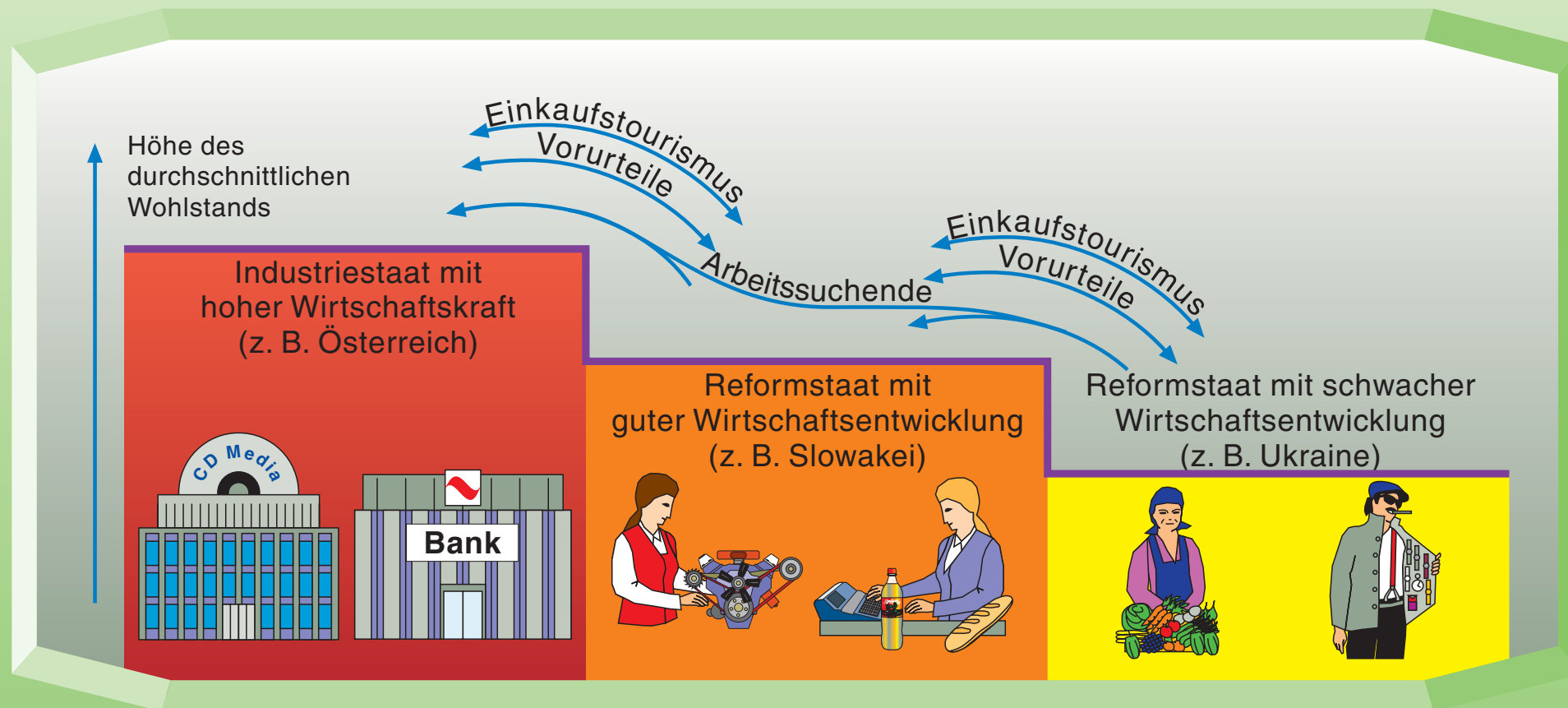


Kaufkraftstandards berücksichtigen  
unterschiedliche Preisniveaus in  
verschiedenen Staaten

Seit Jahrzehnten ist „Westeuropa“ eine Insel des Wohlstands, der jedoch ungleich verteilt ist. Auch innerhalb des weniger entwickelten „Ostens“ bestehen große wirtschaftliche und soziale Unterschiede.



## Wohlstandsgrenzen in Europa



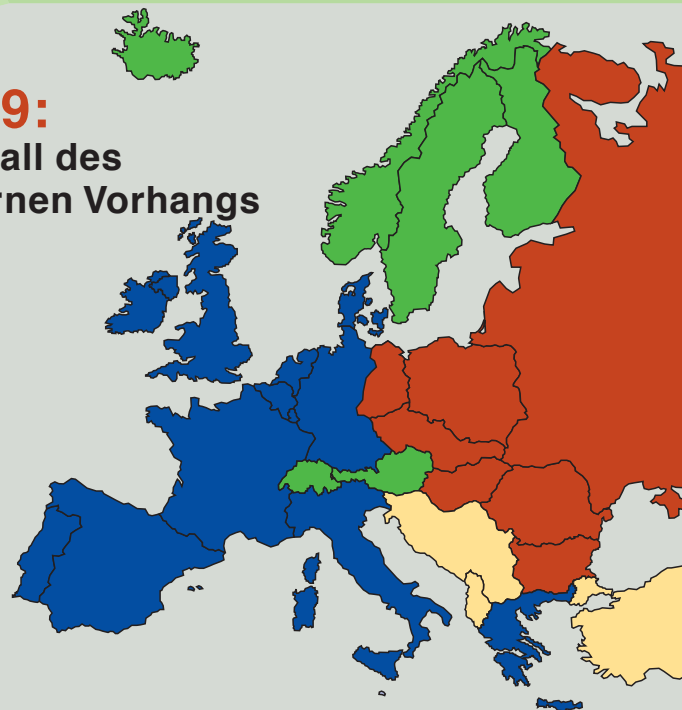
Zwischen europäischen Staaten mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft bestehen vielfältige Beziehungen. Einerseits lockt der Wohlstand in reichen Staaten, andererseits können neue Märkte in ärmeren Staaten erschlossen werden.



## Die EU wächst

**1989:**

Wegfall des  
Eisernen Vorhangs



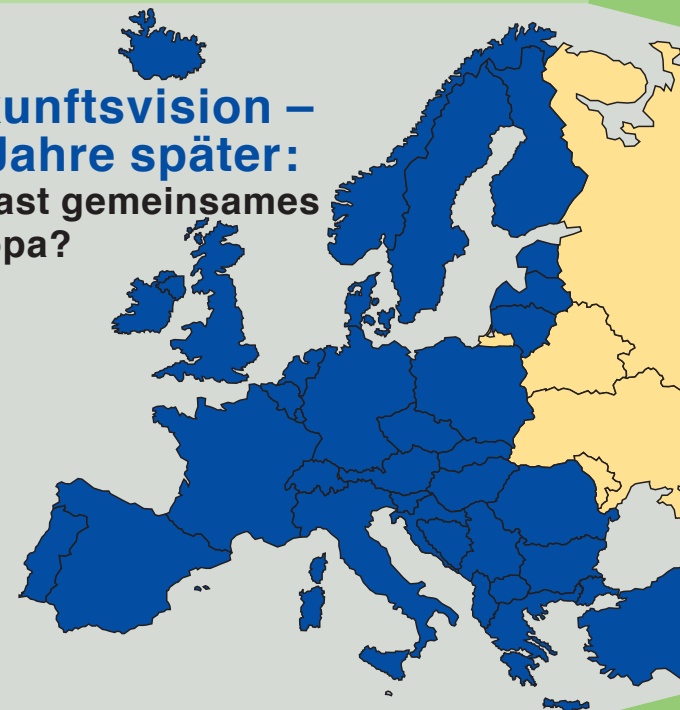
EU

EFTA

RGW

andere

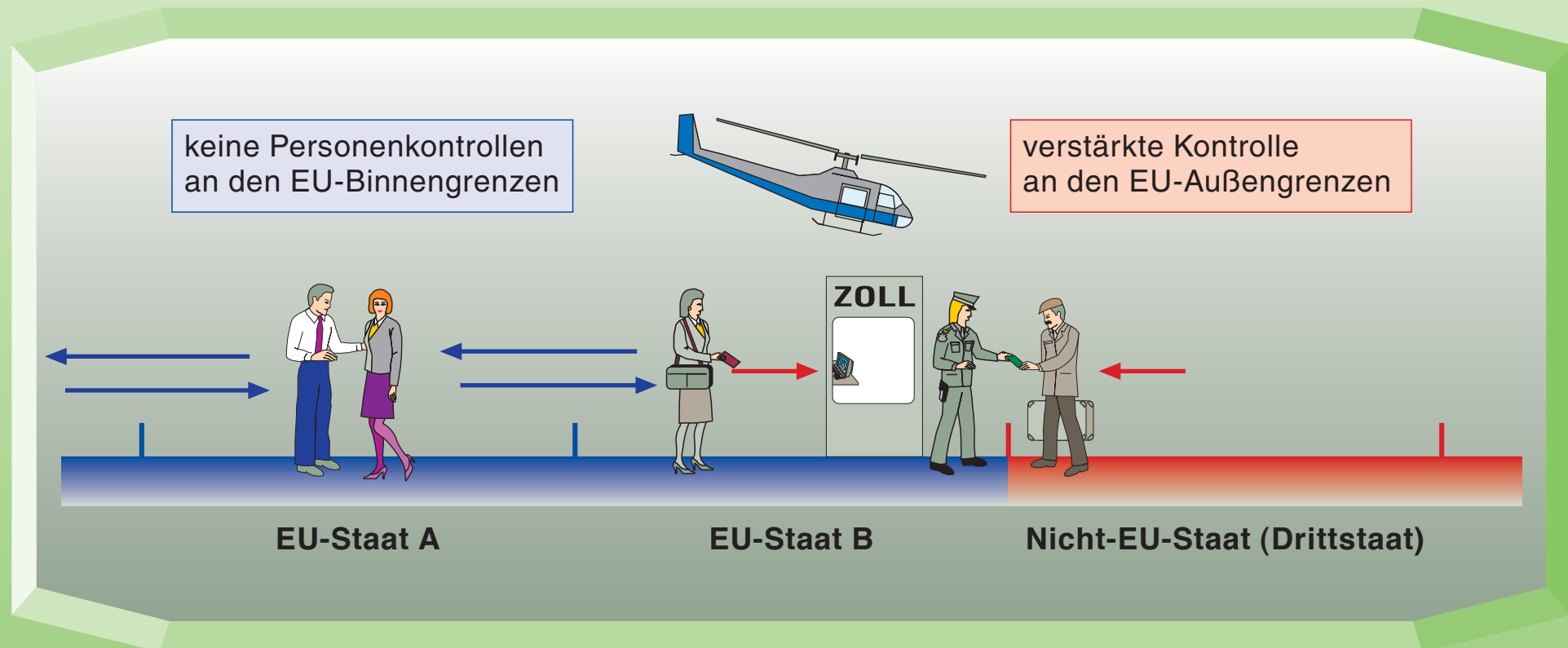
**Zukunftsvision –  
50 Jahre später:**  
ein fast gemeinsames  
Europa?



Aus dem ehemaligen Europa der zwei Blöcke kann eine Wohlstands- und Friedensgemeinschaft entstehen. Um dieses große Ziel zu erreichen, bedarf es eines ehrlichen Zusammenstehens aller derzeitigen EU-Mitglieder und großer Anstrengungen der künftigen.



## Schengener Abkommen



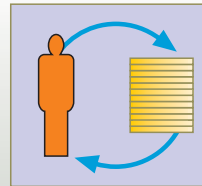
Das Schengener Abkommen sieht vor: einheitliches Visum für alle Schengen-Staaten, gemeinsame Asylpolitik und polizeiliche Zusammenarbeit mit dem „Schengener Informationssystem“, einem gemeinsamen Computer-Fahndungssystem zur Verfolgung von Straftäter/inne/n über Binnengrenzen hinweg.



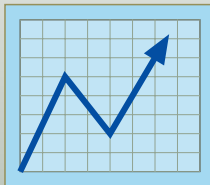
# Einwanderung und Integration



Ausländer arbeiten oft in weniger angesehenen Berufen



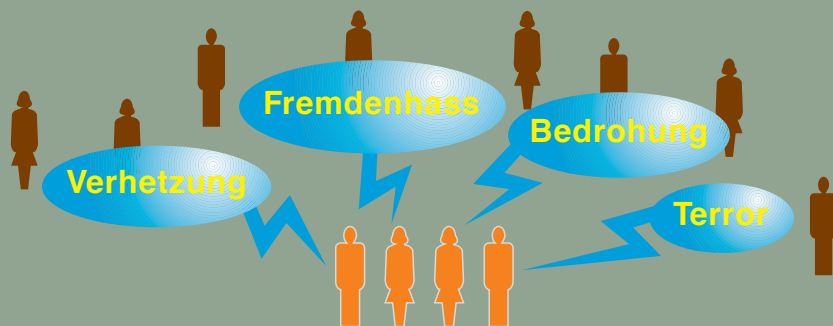
Ausländer zahlen ihre Sozialleistungen selbst



Ausländer tragen zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei



Ausländer sind unsere Wirtschaftspartner



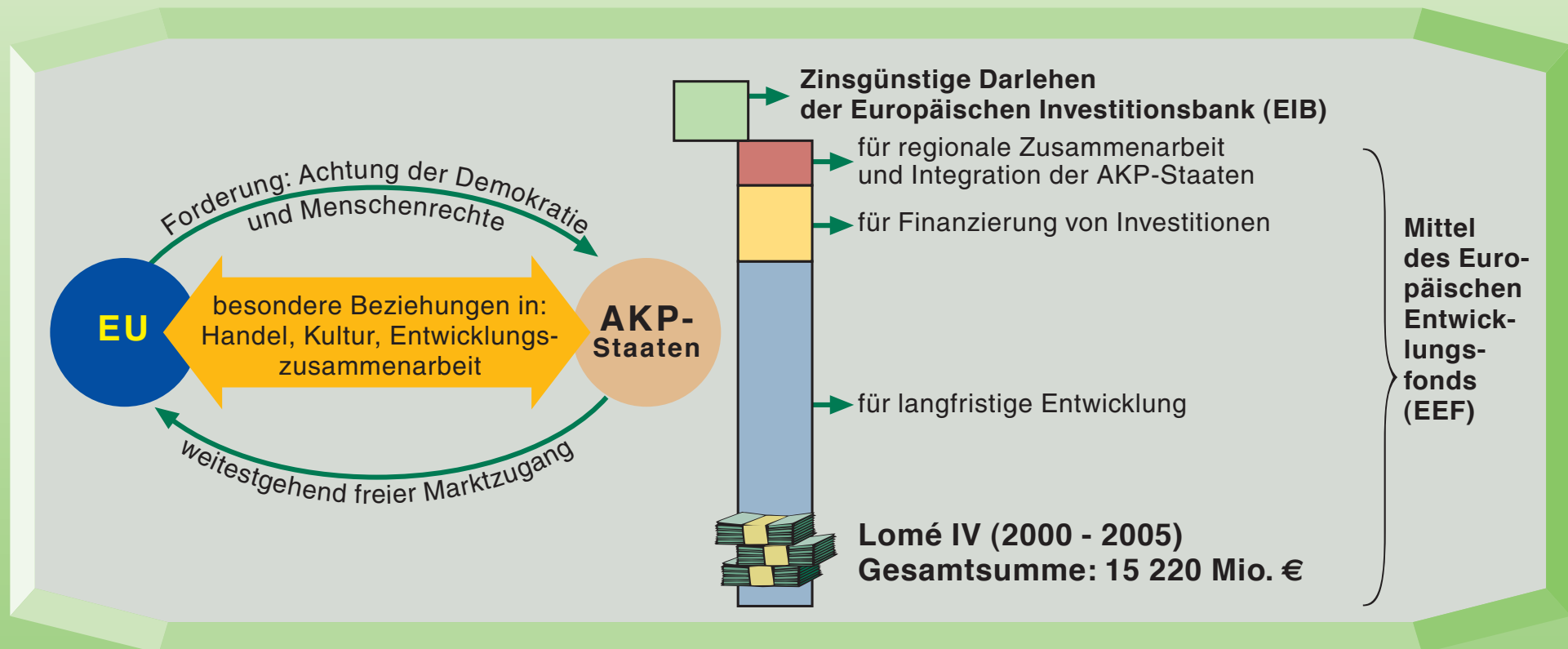
**Ausländerfeindlichkeit gefährdet:**

- den inneren Frieden
- das Ansehen im Ausland
- die Wirtschaft

Zu Wohlstand und innerem Frieden eines Landes tragen alle bei, die dort leben, In- und Ausländer/innen. Solidarisches, demokratisches und tolerantes Handeln muss daher Ausländer/innenfeindlichkeit verhindern.



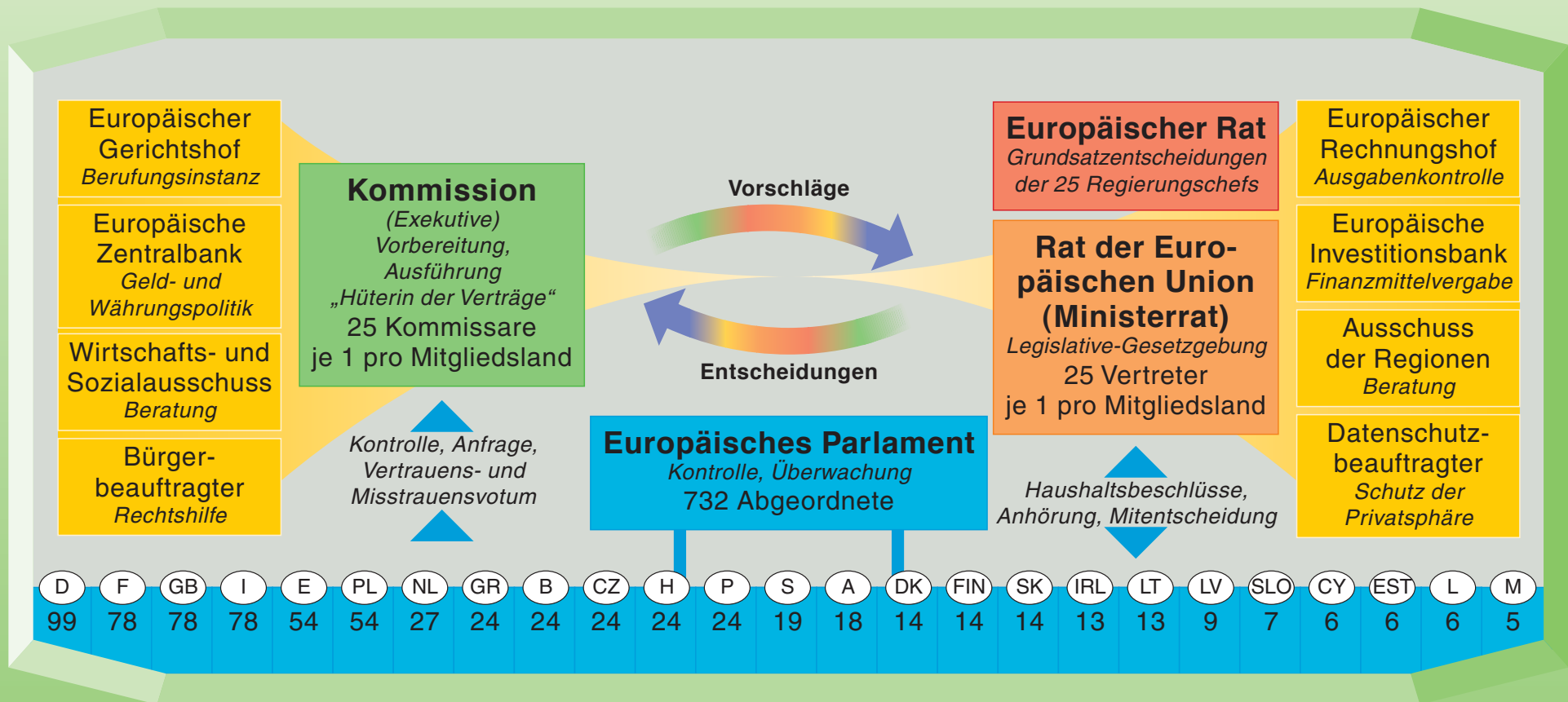
## EU-AKP-Abkommen von Cotonou



Die AKP-Staaten liegen in Afrika, in der Karibik und im Pazifik. Sie pflegen auf der Grundlage des Abkommens von Cotonou (früher Lomé) wirtschaftliche Beziehungen mit der EU. So sollen ein wirtschaftlicher Aufschwung angeregt und die Einhaltung der Menschenrechte in den AKP-Staaten gesichert werden.



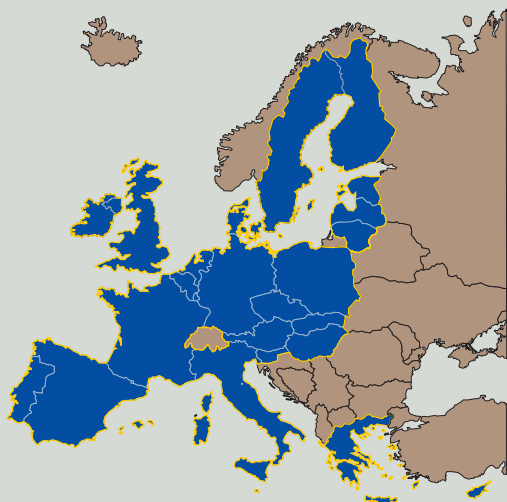
# Organe und Institutionen der EU



Gesetze der EU werden von der Kommission angeregt, vom Ministerrat beschlossen, von der Kommission ausgeführt und gelten in allen Mitgliedsstaaten. Das Europäische Parlament hat Mitwirkungsrechte in bestimmten Bereichen.



# Europäisches Parlament

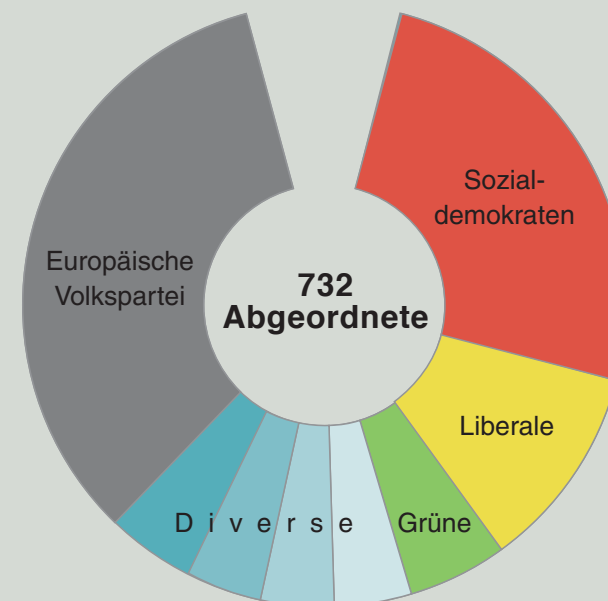


## Wahl alle 5 Jahre

Die Kandidaten werden von den nationalen politischen Parteien aufgestellt.

### Befugnisse:

- Verabschiedung von Gesetzen gemeinsam mit dem Ministerrat
- Haushaltsbefugnisse durch Feststellung des EU-Budgets
- Kontrolle der Europäischen Kommission und des Rats der EU
- Genehmigung internationaler Verträge



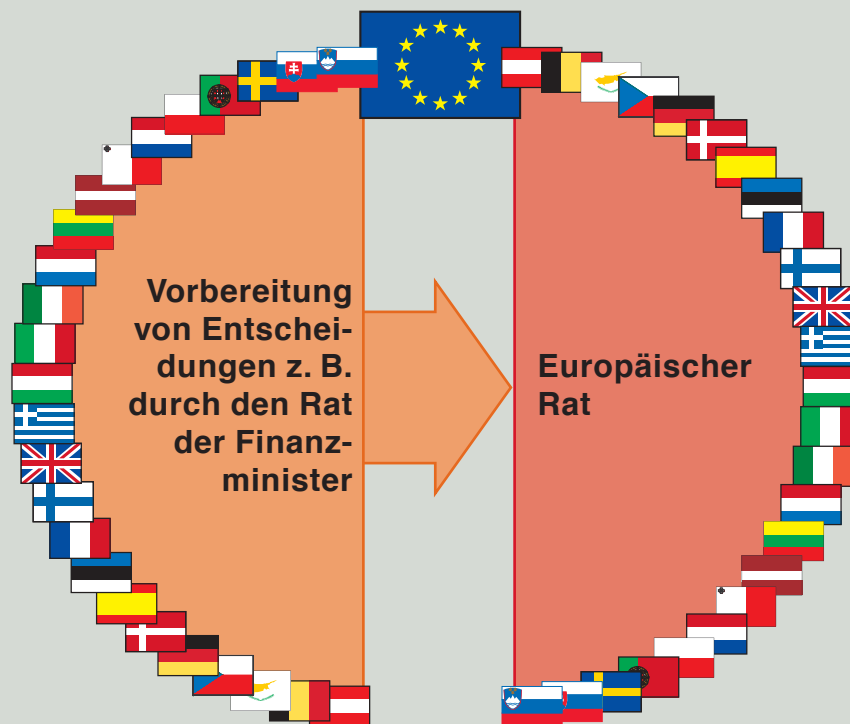
Das Europäische Parlament entwickelt sich vom beratenden und kontrollierenden zum mitentscheidenden Organ. Es ist das einzige direkt gewählte Organ der EU, das jedoch weniger Befugnisse als die nationalen Parlamente hat.



## EU-Ministerrat und Europäischer Rat

### EU-Ministerrat/ Rat der EU

- Zentrales Entscheidungsorgan
- „Gesetzgeber der EU“
- Zusammensetzung: jeder EU-Mitgliedsstaat entsendet den entsprechenden Fachminister



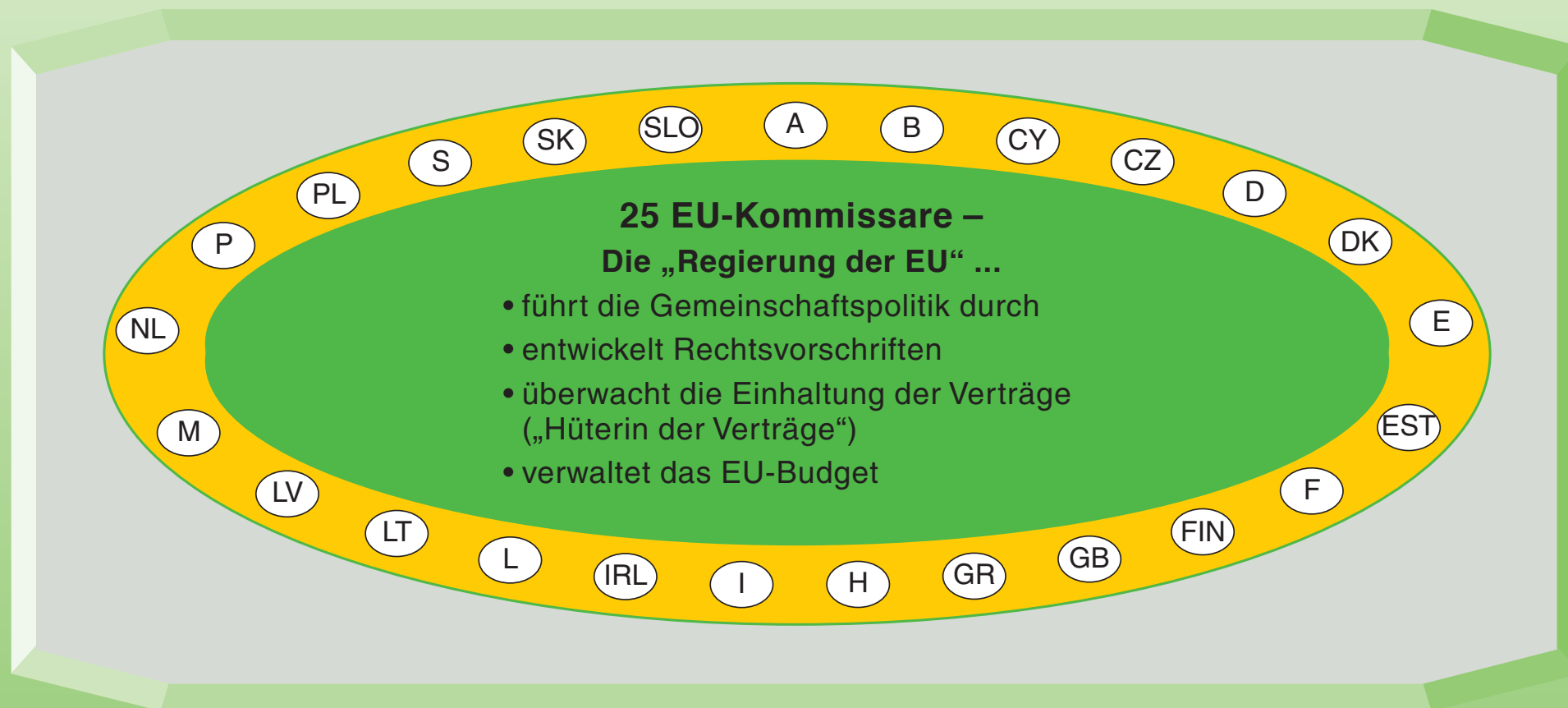
### Europäischer Rat/ EU-Gipfel

- Spitzengremium der EU
- Festlegung der Ziele der EU
- Zusammensetzung: Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und der Kommissionspräsident

In genau abgestimmter Reihenfolge übernimmt jedes halbe Jahr ein anderer Staat den Vorsitz im Europäischen Rat und im EU-Ministerrat. Die Grundlinien der EU-Politik werden im Europäischen Rat festgelegt.



## Europäische Kommission



Jedes Kommissionsmitglied vertritt in seinem Fachgebiet nicht nationale Anliegen, sondern die Anliegen der Europäischen Union, obwohl es von den Regierungen der Mitgliedsstaaten vorgeschlagen und für fünf Jahre ernannt wird.



## Gemeinschaftsrecht der EU

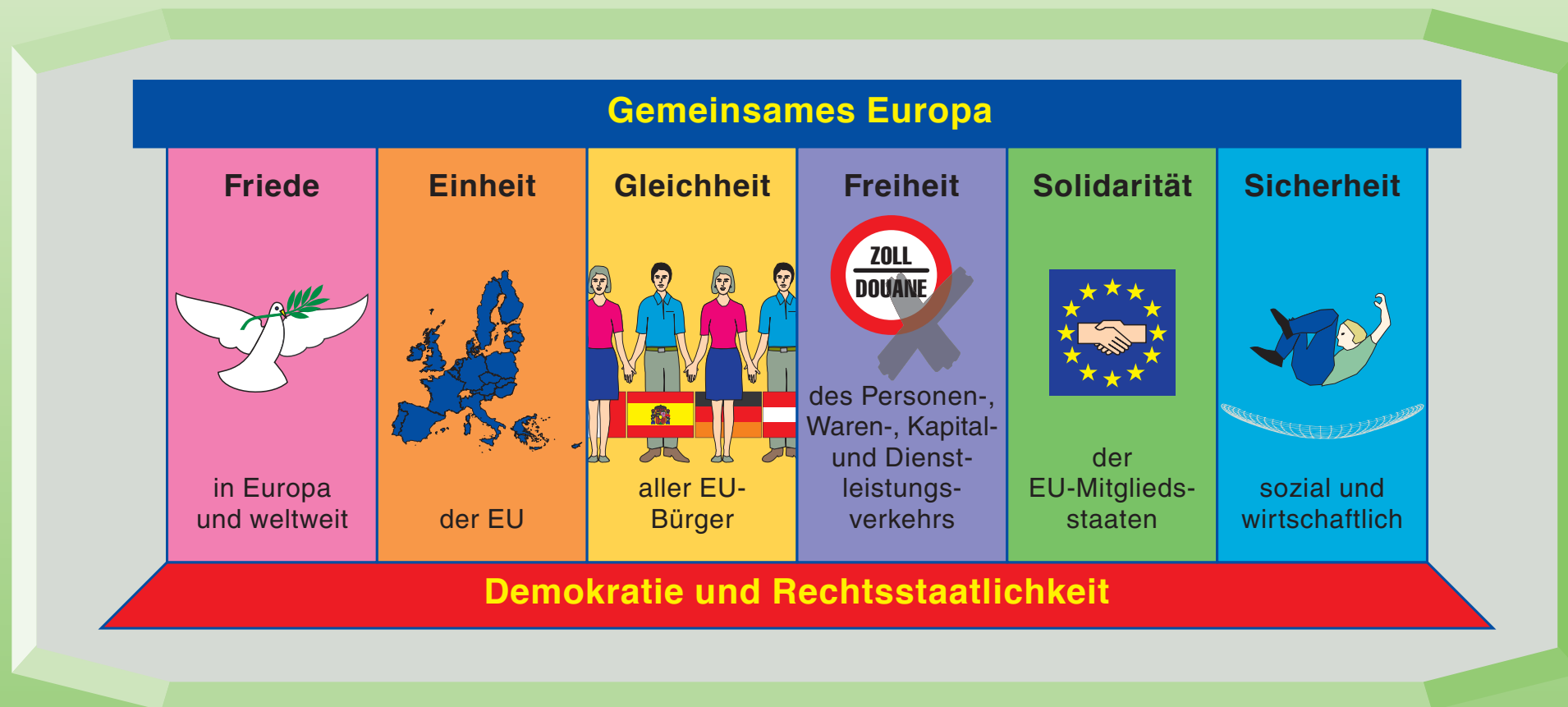
### Fünf Rechtsquellen geben Entstehungsgrund und Verankerung des Rechts an.

- **Primäres Gemeinschaftsrecht:** drei Gründungsverträge samt späteren Ergänzungen = „geschriebene EU-Verfassung“ → Ziel und Funktionsweise der EU, ...
- **Sekundäres Gemeinschaftsrecht:** von den EU-Organen erlassene Rechtsakte →
  - a) Verordnungen: gelten in jedem Mitgliedsstaat für jeden
  - b) Richtlinien: Ziele müssen von jedem Mitglied in nationales Recht umgesetzt werden
  - c) Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen
- **Völkerrechtliche Abkommen:** zwischen EU und Drittstaaten →
  - a) Assoziierungsabkommen: enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung
  - b) Kooperationsabkommen: wirtschaftliche Zusammenarbeit
  - c) Handelsabkommen: Erleichterung des Güter- und Dienstleistungsaustausches
- **Allgemeine Rechtsgrundsätze:** sind ungeschriebene Quellen des Gemeinschaftsrechts → Gewährleistung der Grundrechte, Gleichheitsgrundsatz, ...
- **Absprachen zwischen den Mitgliedsstaaten**

Die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten wird bis zur Gültigkeit der im Jahre 2004 beschlossenen Europäischen Verfassung durch den gemeinsamen Rechtsbestand (acquis communautaire) geregelt.



# Grundwerte der EU



Grundlegende Werte sind das Fundament für ein gemeinsames Europa. Schwerwiegende und andauernde Verletzungen der Grundwerte der EU können zum Verlust bestimmter Rechte eines Mitgliedsstaates führen.



# Unionsbürgerschaft

## Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht

... sich im gesamten EU-Gebiet frei zu bewegen und aufzuhalten sowie zu arbeiten.



## Wahlrecht

... sich in dem Mitgliedsstaat, in dem er wohnt, an den Kommunal- und Europawahlen zu beteiligen, auch wenn er nicht Staatsbürger ist.



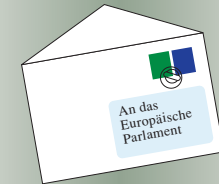
Jede Bürgerin  
Jeder Bürger



eines EU-Mitgliedsstaates  
hat das Recht, ...

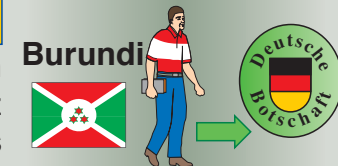
## Petitionsrecht

... sich mit persönlichen Anliegen an das Europäische Parlament zu wenden.



## diplomatisches Schutzrecht

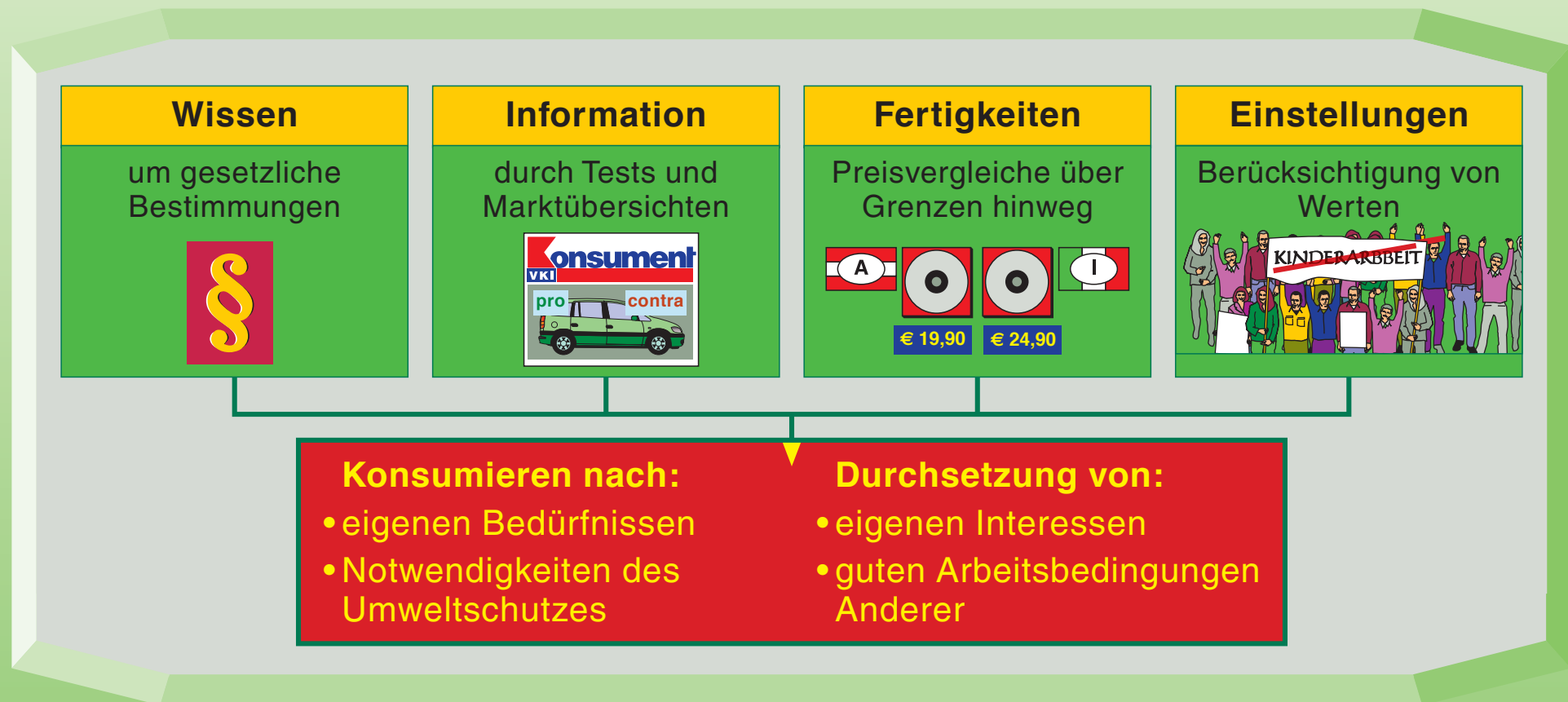
... in einem Drittland den diplomatischen Schutz eines anderen EU-Staats zu genießen, wenn das Heimatland dort nicht vertreten ist.



Unionsbürger/in ist jede/r Staatsbürger/in eines EU-Mitgliedsstaates. Die Unionsbürgerschaft ergänzt die nationale Staatsbürgerschaft und umfasst die im Vertrag von Maastricht fixierten europäischen Bürgerrechte.



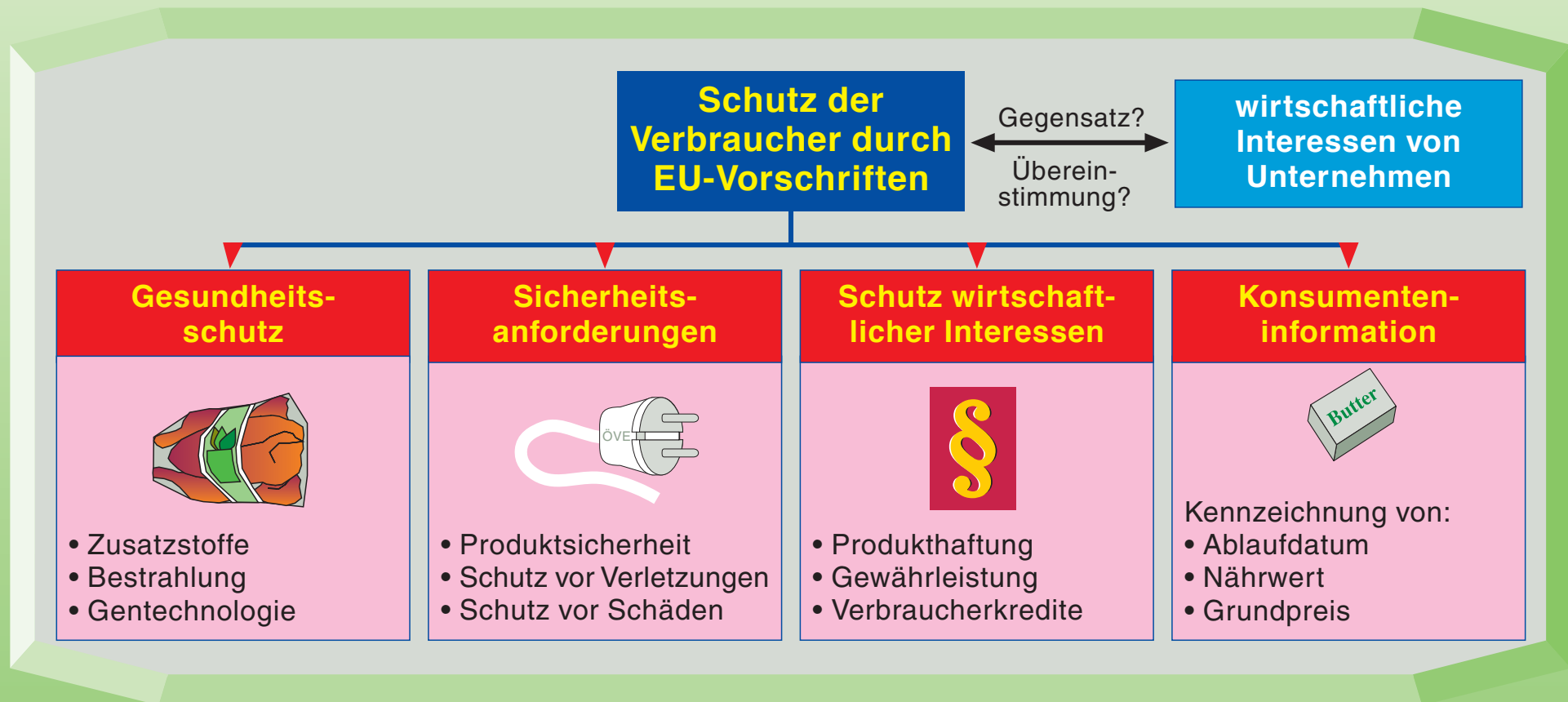
## Mündige Konsument/inn/en in der EU



Auf einem immer weniger überschaubaren Markt müssen sich Konsument/inn/en orientieren können und bei Bedarf auch geschützt werden. Hilfen bieten der Verein für Konsumenteninformation, die Arbeiterkammern ...



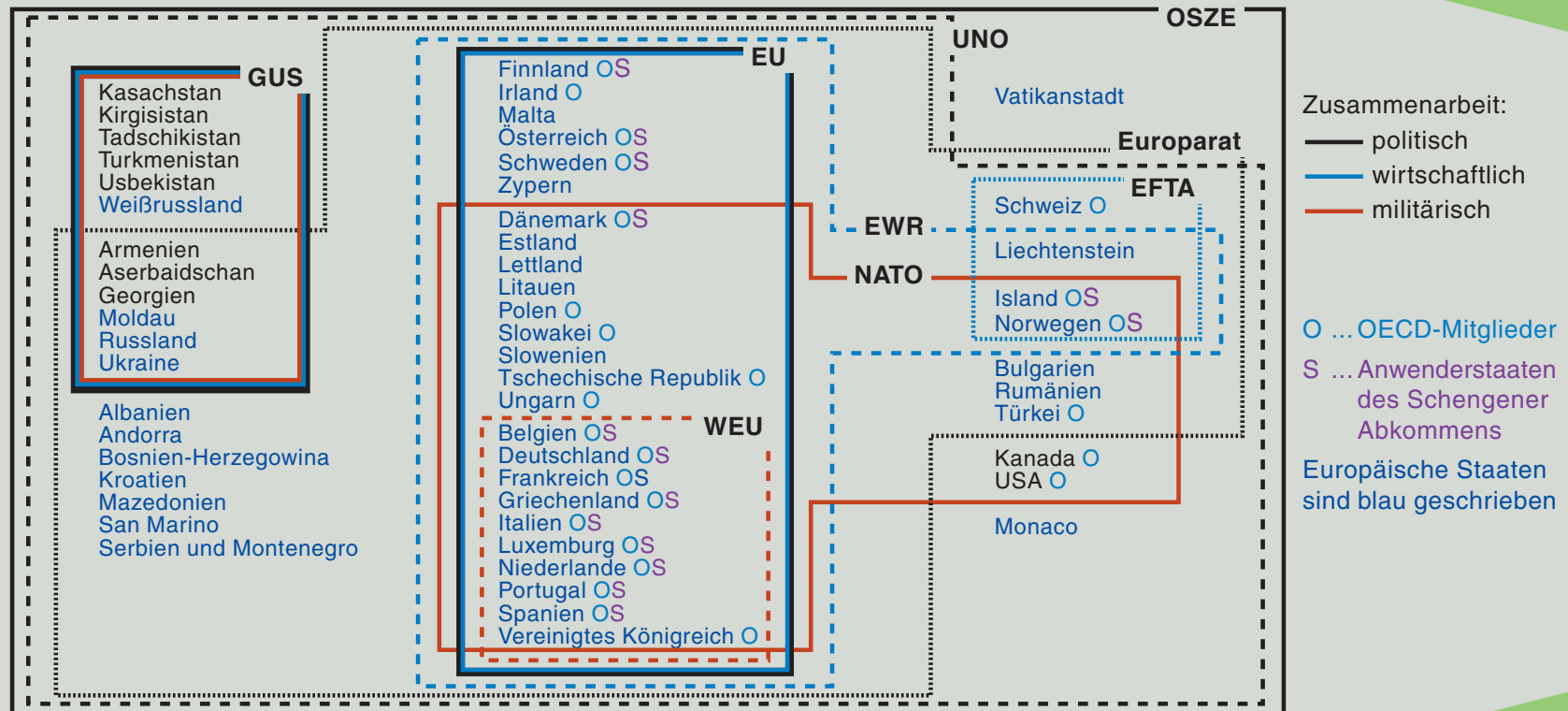
# Konsumentenschutz in der EU



Der Konsumentenschutz umfasst Maßnahmen, die Konsument/inn/en vor Nachteilen, Irreführungen, Schäden und Gefahren bewahren sollen. Die EU gibt Mindestanforderungen vor, die jedes Land erfüllen muss.



# Internationale Zusammenarbeit



Staaten arbeiten in verschiedenen Bereichen international zusammen: politisch, wirtschaftlich und militärisch. Nur bedeutende Organisationen sind dargestellt, an denen europäische Staaten teilnehmen.



# Internationale Organisationen und Kooperationen

**OSZE** – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wien, 1975):  
Stabilität und Sicherheit in Europa

**Europarat** (Straßburg, 1949):  
Förderung des sozialen Fortschritts, Schutz von Demokratie und Menschenrechten

**WEU** – Westeuropäische Union (Brüssel, 1954):  
gegenseitiger militärischer Beistand der Partner, Vorstufe zur militärischen Zusammenarbeit in der EU

**EU** - Europäische Union (Brüssel, gegründet 1958 als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft):  
Grundlage der Zusammenarbeit sind die „drei Säulen“

**EFTA** – Europäische Freihandelszone (Genf, 1960):  
Beseitigung von Handelshindernissen

**NATO** – Organisation des Nordatlantikvertrags (Brüssel, 1949):  
militärische Zusammenarbeit

**Schengener Abkommen** (1985):  
keine Grenzkontrollen zwischen Anwenderstaaten, stärkere Kontrolle an Außengrenzen

**EWR** – Europäischer Wirtschaftsraum (1994):  
EU- und EFTA-Staaten (ohne Schweiz), Zusammenarbeit nach den „vier Freiheiten“ des europäischen Binnenmarktes

**GUS** – Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Moskau, 1991):  
wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit

**OECD** – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Paris, 1960 – Vorgängerorganisation 1948 gegründet):  
Planung und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

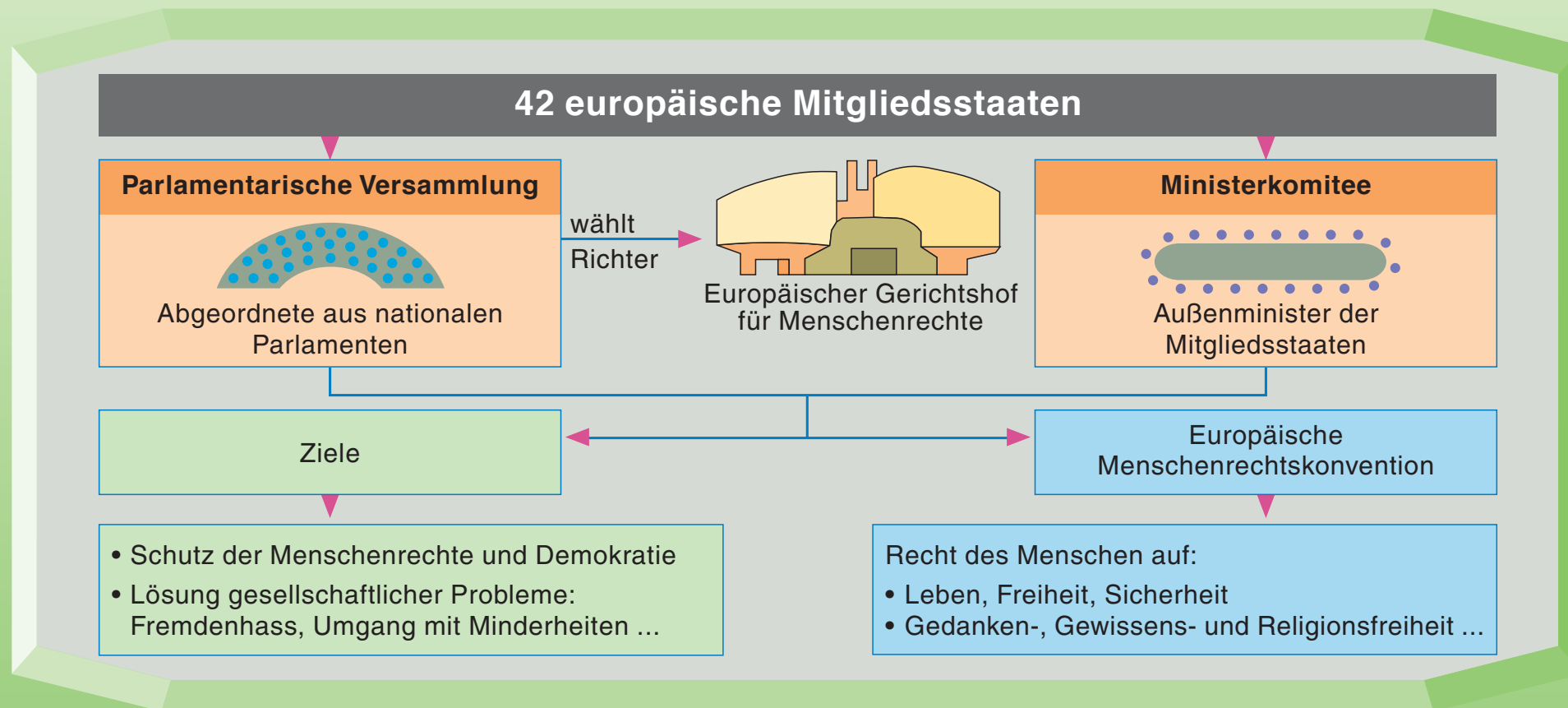
Die Farbe zeigt die Art der Zusammenarbeit:

politisch = schwarz, wirtschaftlich = blau, militärisch = rot.

In Klammern sind Sitz und Gründungsjahr der Organisation angegeben.



# Europarat



Jedes Mitgliedsland muss Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Grundfreiheiten garantieren. So sollen demokratische Grundrechte und kulturelle Zusammengehörigkeit in Europa gesichert werden.






# OSZE

## Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

### Ziele

- Konfliktverhütung
- Friedenserhaltung
- Rüstungskontrolle
- Gegründet als KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 1975
- Sitz: Wien
- 55 Mitgliedsstaaten

### Themenbereiche

1.  Regelung der Zusammenarbeit, Gewaltverzicht, Menschenrechte, Abrüstung
2.  Empfehlungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit
3.  Verbesserung menschlicher Kontakte, Kulturaustausch

### Friedensmissionen

in Gebieten mit möglichen oder bestehenden Konflikten

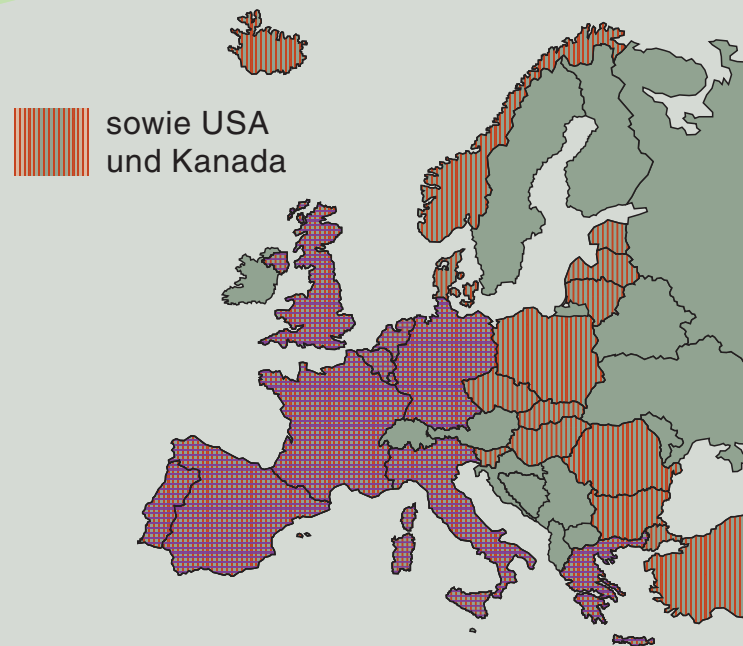



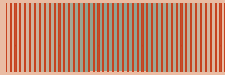
weitere friedenserhaltende Maßnahmen

Ihre größte Bedeutung hatten die OSZE und ihre Vorgängerorganisation KSZE bis zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989 als sie die einzigen politischen Foren waren, in denen einander „Ost“ und „West“ regelmäßig trafen.



## WEU und NATO



WEU Westeuropäische Union		NATO Organisation des Nordatlantikvertrags
1954	<b>Gründung</b>	1949
Beistand der Partner, Beistandspflicht der Partner	<b>Ziele</b>	militärische Zusammenarbeit, Krisenbewältigung
Ausbau zu Verteidi- gungskomponente der EU	<b>Zukunft</b>	Einsatz auch außerhalb des Bündnisgebiets
	<b>Mitglieder</b>	

Die WEU soll der „militärische Arm“ der EU werden. Bei Angriffen von außen dient sie der Verteidigung der EU und operiert nur innerhalb dieser. EU-Länder, die keine Mitglieder sind, haben keine militärische Beistandspflicht, wohl aber beratende, humanitäre oder sonstige unterstützende Verpflichtungen.